

Mit einer Volksinitiative will die EVP - unterstützt von den Grünen und der SP- eine nationale Erbschaftssteuer für geerbte Vermögen ab 2 Mio. Franken einführen und damit die AHV alimentieren. Dies setzt völlig falsche Zeichen!

Die Steuer nehme nur denen etwas weg, die nichts für ihren Reichtum geleistet hätten, liess sich die Fraktionschefin der SP-Bundeshausfraktion vernehmen. Diese einseitige Argumentation beleidigt viele KMU-Nachfolge-Unternehmer, welche bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Risiko zu tragen.

Die Initianten verlangen de facto eine Strafsteuer für Personen, Firmen und Familien, welche sparen, investieren und ihre Vermögen langfristig verwalten. Gerade diese Tugenden machen doch die Schweiz zu dem, was sie ist und tragen zum Wohlstand bei, an dem sich das ganze Land erfreut.

Bei Übergaben von Familienunternehmungen führt die Initiative dazu, dass die Nachfolger erhebliche Substanz – bei Fehlen anderweitigen Vermögens nämlich 20 % - aus den übernommenen Gesellschaften abziehen müssen, um die unsinnige Steuer begleichen zu können. Die Substanz einer Unternehmung ist aber ein Mass für deren Sicherheit und eine Garantie für das Überleben in einem unvorteilhaften Umfeld. Die Erbschaftssteuer bedroht somit Arbeitsplätze in der Schweiz. Sind das die Zeichen, die wir in der heutigen Zeit den Unternehmern aussenden wollen? Die Initiative ist zu bekämpfen, aus Liebe zum Werkplatz Schweiz. Die Sanierung der AHV braucht andere Rezepte, beispielsweise die Erhöhung und Flexibilisierung des Rentenalters, um der demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen.

Andreas Geistlich, Wirtschaftskammer Schlieren

Dietrich Pestalozzi, Industrie- und Handelsverein Dietikon

Fredi Pahr, Vereinigung für Industrie, Dienstleistungen und Handel Spreitenbach

Gregor Biffiger, Gewerbeverband Limmattal